Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7454

20. 06. 90

Sachgebiet 5

Beschlußempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/6244 —

Reduzierung der Präsenzstärke der Bundeswehr

A. Problem

Nach Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN haben die politischen Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR einen radikalen Wandel der sicherheitspolitischen Lage in Europa zur Folge. Weil maßgebliche Abrüstungsimpulse und einseitige Truppenreduzierungen bisher nur von den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes ausgingen, müsse nun auch die Bundesrepublik Deutschland reagieren. Der Deutsche Bundestag wird deshalb aufgefordert zu beschließen, daß die Bundesregierung den Veränderungen in den Ländern der Warschauer Vertragsorganisation Rechnung trägt und die Präsenzstärke der Bundeswehr auf 250 000 Soldaten reduziert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Einstimmiger Beschluß im Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 11/6244 — abzulehnen.

Bonn, den 14. Februar 1990

Der Verteidigungsausschuß

Ronneburger	**Wilz**	**Zumkley**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Wilz und Zumkley

I. Allgemeines

Der Antrag — Drucksache 11/6244 — wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1990 dem Verteidigungsausschuß überwiesen. Dieser hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 14. Februar 1990 beraten.

II. Inhalt der Vorlage

Die politischen Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR hätten einen radikalen Wandel der sicherheitspolitischen Lage in Europa zur Folge. Es sei deshalb dringend erforderlich, daß in einer Zeit, in der maßgebliche Abrüstungsimpulse und einseitige Truppenreduzierungen von den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes ausgingen, auch die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu einer wesentlichen Abrüstung in Europa leistet. Weil von einem Angriff oder Überraschungsangriff des Warschauer Paktes wegen seiner faktischen Auflösung nicht mehr ausgegangen werden könne, sei eine Reduzierung der Bundeswehr auf 250 000 Soldaten möglich.

III. Ausschußempfehlung

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP führten aus, daß die beantragte Reduzierung auf 250 000 Soldaten gegenwärtig nicht möglich sei. Für eine weitere Verringerung komme es darauf an, welche Ergebnisse die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte (VKSE) in Wien — insbesondere in einer zweiten Runde — erbringen würden. Man sei sich jedoch darüber im klaren, daß es nach dem Abschluß von VKSE und im Hinblick auf folgende Verhandlungen neuer Überlegungen hinsichtlich der Größenordnung der Bundeswehr bedürfe.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, daß die Reduzierung der Bundeswehr auf 250 000 Soldaten eine Zielvorstellung sei, die auch sie sehe. Man könne jedoch nur in Schritten dahin gelangen und müsse das Erreichen der Zielvorstellung vor allem von Erfolgen in den Abrüstungsverhandlungen in Wien abhängig machen. Die in der Begründung des Antrags enthaltene Schlußfolgerung, daß man bei Auflösung des Warschauer Paktes keine Bundeswehr mehr brauche, werde von der Fraktion der SPD so nicht geteilt. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag deshalb ab.

Der Verteidigungsausschuß lehnte den Antrag in der Drucksache 11/6244 einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP ab.

Bonn, den 31. Mai 1990

Wilz **Zumkley**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333